

Wir da oben, ihr da unten

Von Richard Münch

Alle feiern die Elite-Universitäten. Der Preis ist hoch: Deutschland gefährdet die Kreativität seiner Forschung.



"Er wird mal an einer Elite-Uni studieren"

© Beck/

In der Mediengesellschaft geht so manches leicht von der Hand. Man veranstaltet einen Wettbewerb »Deutschland sucht seine Superunis«, und schon spielt man in der akademischen Weltliga mit. Es ist eine Art ursprüngliche Akkumulation von monetärem und symbolischem Kapital, die hier stattfindet – und gleichzeitig eine Enteignung all derjenigen Spitzenforscher, die außerhalb des per Zuschlag erteilten institutionellen Elitestatus ihre Spitzenleistungen erbringen. Sie werden unsichtbar gemacht und ihres symbolischen Kapitals beraubt.

In Deutschland gibt es nach dem neuen Sprachgebrauch jetzt neun »Elite-Universitäten«: FU Berlin, LMU München, U Göttingen, U Freiburg, U Konstanz, TU München, U Karlsruhe, U Heidelberg und TH Aachen. Misst man die Forschungsleistungen der neun gekürten Elite-Universitäten an ihrem im Forschungsranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) dokumentierten Publikationsoutput pro Professor und dessen verfügbare Mitarbeiter, dann nehmen diese Universitäten in der genannten Reihenfolge unter 64 Konkurrenten die Plätze 11, 15, 41, 43, 46, 48, 49, 60 und 63 ein.

Angemessener ist es, drei Kategorien von Universitäten zu unterscheiden: große Volluniversitäten, Technische Universitäten und kleine Universitäten. Nach dieser Kategorisierung verteilen sich die Volluniversitäten auf die Plätze 3, 5, 21, 22 und 30 von 32 Plätzen, die Technischen Universitäten auf die Plätze 10, 11 und 13 von 14, die kleine Universität nimmt Platz 15 unter 18 ein.

In der Rangliste der am besten in den Ausschüssen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) repräsentierten Hochschulen belegen die neuen Elite-Universitäten hingegen die

Ränge 2, 3, 6, 7, 9, 10, 11, 12 und 25. Diesen Rangplätzen entsprechen auch in etwa die von der DFG eingeworbenen Forschungsgelder.

Auch die Verteilung der neuen Graduiertenschulen und Exzellenzcluster folgt diesem Muster. Was das bedeutet? Ganz offensichtlich geht der Versuch, Forschungsmittel auf wenige Standorte zu konzentrieren, mit unproduktiver Überinvestition jenseits optimaler Größe einher, während die ins zweite Glied versetzten Standorte Gefahr laufen, unter das Limit ausreichender kritischer Masse zu fallen und ganz aus dem Rennen auszuscheiden.

In keinem Land der Welt hat man jemals eine derartige »Exzellenzkür« im Antragsverfahren vollzogen. In Großbritannien hat Margaret Thatcher mit ihrer Liberalisierungspolitik die aus der mittelalterlichen Ständegesellschaft stammende Vorherrschaft von Oxford und Cambridge mit dem im Abstand von vier beziehungsweise sechs Jahren durchgeführten Research Assessment Exercise (RAE) zumindest ein Stück weit aufgebrochen.

Frankreich leidet seit über 200 Jahren unter der Beherrschung des Landes durch die Elitehochschulen und die von ihnen produzierte Führungskaste. Die Forschung ist zu weiten Teilen in das Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) ausgelagert. Seit einiger Zeit arbeitet die französische Forschungspolitik jedoch an der Rückverlagerung der Forschung in die Universitäten und an der Dezentralisierung des Systems.

In den USA haben die erfolgreichsten Universitäten – inzwischen durch die Bank Privatuniversitäten – keinen Sonderstatus, schon gar nicht den Titel »Elite«. Sie üben allerdings massiv Marktmacht aus. Trotzdem konkurrieren sie von Fach zu Fach mit unterschiedlichem Erfolg mit mindestens 50 weiteren Universitäten, die ebenso herausragende Forscher in ihren Reihen haben und die keineswegs per Dekret in eine imaginäre »Zweite Liga« verbannt werden. Es ist allerdings ein horizontal und vertikal differenziertes System, das zur Verfestigung tendiert und gerade deshalb den Wettbewerb einschränkt. Ob dieses System als globales Vorbild dienen kann, ist deshalb höchst fraglich.

Wo liegen die Fehler der Forschungspolitik? Der erste gravierende Fehler war die seit den 1970er Jahren forciert betriebene Auslagerung der Forschung in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das hat die Forschungsleistungen in keiner Weise erhöht. Obwohl die außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Jahre 2001 über 31,6 Prozent des Personals und 51 Prozent des Budgets, die Universitäten über 68,4 Prozent des Personals und 49 Prozent des Budgets in den Natur- und Ingenieurwissenschaften verfügten, entstammten nur 21 Prozent der 2000 bis 2002 im Science Citation Index notierten Fachzeitschriftenaufsätze den außeruniversitären Einrichtungen, dagegen 79 Prozent den Universitäten.

Die parallel zum Ausbau der außeruniversitären Forschung erfolgte Verlagerung der universitären Forschungsfinanzierung von der Grundausstattung zu den Drittmitteln hat denselben Graben zwischen Forschung und Lehre in den Universitäten selbst aufgerissen, und das ebenso ohne jeden Erfolg. In fast allen Fächern besteht kein positiver Zusammenhang zwischen dem Drittmittelinput pro Professor und dem Publikationsoutput pro Professor. Der Zusammenhang stellt sich sogar negativ dar, wenn man die Publikationen auch auf die den Professoren jeweils zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Mitarbeiter relativiert.

Die Forschungsförderung leidet demnach unter mangelnder Zielgenauigkeit. Woran liegt das? Es ist dadurch zu erklären, dass die Verteilung der öffentlichen Forschungsgelder maßgeblich durch die Dominanz der westdeutschen Traditionsuniversitäten in der DFG beeinflusst wird. Nur 17 Universitäten verfügen über 50 Prozent der Ausschusssitze und der Forschungsgelder der DFG. Das hat zur Errichtung von Monopolstrukturen der Forschung geführt. Die damit einhergehende Organisation der Forschung in großen, lokal konzentrierten Verbänden überschreitet die Grenzen der optimalen Größe und impliziert einen sinkenden Grenznutzen der Investition von Forschungsgeldern.

Darüber hinaus wurden oligarchische Strukturen der Forschung weiter akzentuiert und verfestigt: 17 Prozent Professoren dirigieren 83 Prozent Mitarbeiter an den Universitäten. In den amerikanischen Universitäten forschen 75 Prozent Professoren gleichberechtigt miteinander und partnerschaftlich mit Postdoktoranden und Doktoranden. Die Exzellenzinitiative setzt die fehlgeleitete Forschungspolitik dezidiert und auf höherer, noch weniger zielgenauer Stufe fort.

Keine Frage, weit über die Forschung hinaus vollzieht sich hier ein gesellschaftlicher Umsturz. Zuerst geht es um Bildungspolitik: Die institutionelle Kasernierung einer Elite führt zu frühzeitigen Selektionsprozessen schon im Kindergartenalter. Dass wir uns auf eine wachsende Bildungsungleichheit zubewegen, daran wird ein Stipendiensystem ebenso wenig ändern wie in den Vereinigten Staaten.

Es geht, zweitens, um Gesellschaftspolitik: Wir erzeugen eine abgehobene Führungskaste nach französischem Modell, die jeden Kontakt zum Rest der Gesellschaft verliert. Es geht um Regionalpolitik: Den Regionen im Osten und Norden des Landes wird mit der Konzentration von Elite-Universitäten im Süden Innovationspotenzial mit Ausstrahlung in die technologische und wirtschaftliche Entwicklung genommen, das jede Region benötigt, um nicht von den Machtzentren der Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft abgehängt zu werden.

Müssen wir den aufgezeigten Weg gehen, damit Deutschland wissenschaftlich, technologisch und wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt? Brauchen wir kleine Harvards, um Harvard & Co. Paroli bieten zu können? Man kann diese alles entscheidende Frage durchdenken, wie man will: Ein Land wird nicht dadurch international wettbewerbsfähiger, dass es den inneren Wettbewerb dem Aufbau von Global Players der Wissenschaft opfert. Denn um neun Global Players in der Scheinwelt des Shanghai-Rankings der 500 sichtbarsten Universitäten unter die ersten 50 Player zu bringen, nimmt man das völlige Verschwinden aller restlichen Universitäten und vor allem ihrer realen Forscher aus der realen Welt der internationalen Wissenschaft in Kauf. Einem rein symbolischen Gewinn einer kleinen auserwählten Kaste wird der reale Gewinn einer viel größeren Zahl realer Spitzenforscher geopfert.

Es lässt sich niemals planen, wo sich besonders kreative Forschung entwickelt. Will man diesen grundsätzlich unplanbaren Prozess institutionell einmauern, dann beraubt man die Forschung auf Dauer ihres kreativen Potenzials. Mit Standortsicherung und der Förderung des Gemeinwohls lässt sich eine solche Politik der Bildung von Monopolstrukturen nicht begründen. Im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich war es nach dem Zweiten Weltkrieg immer ein Wettbewerbsvorteil für Deutschland, dass das Land nicht von einer in sich weitgehend geschlossenen, an Elitehochschulen ausgebildeten Führungskaste beherrscht wurde.

Allerdings vollzieht sich kein gesellschaftlicher Umsturz ohne heftige Gegenwehr. Diese Rolle werden Spitzenforscher spielen, die sich ihres symbolischen Kapitals beraubt sehen, Hochschulrektoren, die über Nacht in die Zweite Liga versetzt wurden, Wissenschaftsminister, deren Universitäten ausbluten, Regionalpolitiker, deren Region ins Abseits gedrängt wird, Gesellschaftspolitiker, die sich dem Entstehen einer neuen Klassengesellschaft widersetzen, Bildungspolitiker, die sich gegen die wachsende Bildungsungleichheit stemmen, Parteien aller Couleur, die sich um Chancengleichheit und gesellschaftliche Kohäsion sorgen und erkennen, dass nicht Institutionen, sondern Individuen die Träger von Innovation und Fortschritt sind, ein akademischer Mittelbau, der an offenen Karrierechancen interessiert ist, und Studenten, die einer offenen, chancenreichen Zukunft entgegengehen wollen. Es ist deshalb noch nicht alles entschieden.

Richard Münch ist Professor für Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Zum gleichen Thema erschien von ihm »Die akademische Elite«, Edition Suhrkamp, Frankfurt a. M., 2007

© DIE ZEIT, 15.11.2007 Nr. 47